



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht zu Immobilienverkäufen und Bauvorhaben der Staatsverwaltung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen über geplante größere Bauvorhaben und Immobilienverkäufe zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf die Projekte Klinikum Großhadern, Alte Akademie in der Neuhauser Straße in München und auf die zukünftige Nutzung des Geländes der McGraw-Kaserne in München einzugehen.

Dabei sind folgende Fragen zu beantworten:

- Welche Planungen bestehen für Sanierung oder Neubau von Gebäuden auf dem Gelände des Klinikums Großhadern?
- Treffen Presseberichte zu, dass eine Sanierung des Hauptgebäudes des Klinikums Großhadern nicht sinnvoll ist?
 - Wenn ja, weshalb?
 - Mit Kosten in welcher Höhe wäre für einen Neubau des Klinikums voraussichtlich zu rechnen?
 - Mit welcher Planungs- und Bauzeit wäre voraussichtlich zu rechnen?

- Treffen Presseberichte zu, dass zwischen dem Freistaat Bayern und einer Firma Sigma bezüglich der Alten Akademie in der Neuhauser Straße in München Eckpunkte eines Erbpachtvertrags ausgehandelt worden sind?
 - Wenn ja, wie lautet das Ergebnis der Verhandlungen?
 - Wann ist mit dem Abschluss eines Vertrags zu rechnen?
- Weshalb ist das staatliche Gelände der McGraw-Kaserne in München seit Jahren weitgehend ungenutzt?
 - Welche Nutzung plant die Staatsregierung für die Zukunft?
 - Ab wann könnte das Gelände z.B. für den Bau von Wohnungen zur Verfügung stehen?
- Wie weit sind die Überlegungen, das Siemens Verwaltungsgebäude in Erlangen für die Universität Erlangen-Nürnberg zu nutzen?
- Welche weiteren Immobilienkäufe und Neubauten überlegt und plant die Staatsregierung derzeit?

Begründung:

Die oben genannten Bau- und Verkaufsvorhaben sind für den Freistaat von großer Bedeutung, nicht nur finanziell.

Trotzdem sind Informationen zu diesen Vorhaben früher an die Presse gegeben worden als an den Landtag. Wenn staatliche Stellen, insbesondere im Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat in der Lage sind, die Presse über einzelne Vorhaben – egal ob im Planungsstadium oder kurz vor Vertragsabschluss – zu informieren, dann sollte die Unterrichtung des Landtags in mindestens gleichem Umfang selbstverständlich sein.

Es kann auch durchaus sinnvoller sein, den Landtag frühzeitig in Debatten oder Planungen miteinzubeziehen, als Planungen nachträglich wieder zu ändern.